

Mira Ivanova

BG8 Piaristengasse

Betreuung durch Melanie Österreicher

Thema 1

Diese „Verschiedenheit von Mann und Frau“ führt nicht zwingend dazu, dass wir die Interessen der einen (in dem Fall der Männer) den Interessen der anderen (Frauen) vorziehen dürften. Gleichheit ist ein moralisches Prinzip, nicht eine Tatsachenbehauptung. Das Prinzip der Gleichheit bedeutet nicht, dass wir in allem gleich sein müssen, aber dass wir die Interessen aller gleichwertig abwägen müssen.

Lisz Hirn: Geht's noch! Warum die konservative Wende für Frauen gefährlich ist. Graz, 2019, S. 31 ff.

Die feministische Emanzipationsbewegung ist alt geworden. Mit mehr als 100 Jahren am Buckel geht sie langsam, gebeugt, mit zögerndem Schritt. Ihre ersten Vertreterinnen sind lange tot, und die Bewegung selbst stagniert. Zumindest sind viele Frauen heutzutage dieser Meinung, wenn die Statistiken trotz des jahrzehntelangen Kampfes um Gleichberechtigung eine frappierende männliche Dominanz in Führungspositionen bezeugen. Die fehlende Repräsentation von Frauen in Machtpositionen ist allerdings nur ein Symptom eines wesentlich tiefer liegenden und gesellschaftlich fest verankerten Problems, welches generationen- und regionenübergreifend auftritt. Die strukturelle Unterdrückung von Frauen ist selbst in einer vermeintlich emanzipierten Gesellschaft allgegenwärtig und ist deshalb so schwer zu erfassen, da sie sich der alltäglichen Werkzeuge bedient. Sie schleicht sich in unsere Sprache, unsere Familien und Freundeskreise ein und infiltrierte unsere Vorstellungen, Entscheidungen und Träume. Der Ausweg ist ebenso komplex wie die Problematik selbst, was zur generellen Polarisierung beiträgt. Hirns Zitat knüpft bei diesem Aspekt an und vertritt die These, dass Gleichheit durch die gleichwertige Gewichtung der Interessen aller Parteien erreicht werden kann. Damit spricht sie zwei Streitpunkte an, welche beide maßgeblich für die Errichtung einer gerechten Gesellschaft sind. Einerseits die Annahme, dass zwischen den Geschlechtern ein inhärenter Wesensunterschied existiert und andererseits die Frage nach dem Konzept von Gleichheit und ihrer gesellschaftlichen Effektivität. Wie lässt sich eine Gesellschaft konzipieren, die Gleichberechtigung garantiert, ohne davon auszugehen, dass alle Individuen dieselben Wünsche, Bedürfnisse und Ziele haben?

Zunächst sollte klargestellt werden, dass Hirn sich damit in die Reihen der Differenzfeministinnen einordnet. Der Überbegriff Feminismus vereint Denkströmungen mit der Grundannahme, dass Frauen gesellschaftlich gesehen benachteiligt waren und es bis heute sind. Eine fundamentale Unterscheidung spielt gerade bei der Frage nach den Grundvoraussetzungen für Gleichberechtigung eine zentrale Rolle und spaltet die Grundmenge in egalitären und Differenzfeminismus. Die Vertreterinnen des ersteren gehen davon aus, dass alle Geschlechterunterschiede gesellschaftlich induziert sind und fordern demnach auch eine Angleichung, beziehungsweise Abschaffung der differenzierten Rollenbilder. Simone de Beauvoir meint beispielsweise, dass man nicht als Frau geboren wird, sondern eine Frau wird. So seien Frauen Produkte gesellschaftlicher Normen und ihrer individuellen Erfahrungen. Dem gegenübergestellt positioniert sich der Differenzfeminismus, welcher einen naturgegebenen Unterschied zwischen den Geschlechtern supponiert. Divergierende Wesensmerkmale seien ein inhärenter Bestandteil der gesellschaftlichen Dynamik, welche bei der Ausarbeitung einer gleichberechtigenden Gesellschaftsform unbedingt in Betracht gezogen werden müssen.

Nun stellt sich allerdings die Frage nach der Differenzierung zwischen naturgegebenen und gesellschaftlich bedingten Unterschieden. Die Forschung rund um die „Nature-NurtureDebatte“, beschäftigt sich mit den Beschaffenheiten und dem Verhältnis angeborener und erlernter Eigenschaften und Verhaltensweisen. Auf feministischer Ebene stellt sich die Frage, ob Dispositionen, die geschlechterspezifische Assoziationen hervorrufen, natürlichen oder gesellschaftlichen Ursprungs sind. Bei genauerem Betrachten entpuppt sich die Frage als ein Henne-Ei-Problem: Sind die gängigen Stereotype durch reale Verhaltensmuster entstanden oder verursachen diese existierenden Geschlechterrollen das Handeln, welches sie im Endeffekt bestätigt? Der wirkliche Sachverhalt ist vermutlich eine Synthese, ein Kreislauf aus sich selbst erfüllenden Prophezeiungen, welcher ein Durchbrechen quasi unmöglich, zumindest aus der heutigen Perspektive undenkbar macht. Und trotzdem ist das Eruiere jenes Umstandes von zentraler Rolle, wenn es um das Konzipieren einer Gesellschaft geht, welche beiden Geschlechtern gleichermaßen die Chancen und Mittel zur Selbstverwirklichung bietet.

Geht man davon aus, dass die Eigenschaften zumindest marginal divergieren, sollte sich die Zielsetzung darauf beziehen, die Grundvoraussetzungen für ein selbsterfülltes Leben zu garantieren. Damit wird nämlich bereits impliziert, dass die individuellen Vorstellungen dessen nicht unbedingt ident sein müssen. Zudem sollte betont werden, dass die individuellen

Unterschiede in Zielen, Bedürfnissen und Charaktereigenschaften vermutlich die geschlechterspezifischen überwiegen. Genauer gesagt: Vergleiche man jene Charakteristika, würde man zu dem Schluss kommen, dass die Antworten der Individuen des gleichen Geschlechts wesentlich diverser wären als die Diskrepanz zwischen Durchschnittsmann und Durchschnittsfrau. Da es sich hierbei um qualitative Analysen handelt, ist das Aufstellen eines Vergleiches nicht gerade leicht, allerdings sollte dieser die Notwendigkeit einer bedürfnisorientierten Gesellschaft unterstreichen, welche ihren Mitgliedern maximale Freiheit unter Sicherstellung der allgemeingültigen Gleichheit garantiert.

Die Konzeption eines Staates, der diese Prinzipien beachtet, stellt ebenfalls ein philosophisches Problem dar, welches den feministischen Diskurs zwar tangiert, allerdings im gesamtgesellschaftlichen Rahmen spielt. Das Problem besteht darin, dass sich die beiden Konzepte nicht uneingeschränkt vereinen lassen. Erlaubt man vollständige Freiheit, geht das Versprechen von Gleichheit verloren, ein Phänomen, das sich besonders in neoliberal orientierten Staaten beobachten lässt, wo das Maß an finanzieller Freiheit die Chancen und Möglichkeiten bestimmt. Völlige Egalität müsste wiederum bedeuten, dass sich die Menschen unter Einbuße ihrer Individualität der allgemeinen Gleichschaltung beugen müssten. Eine Analogie dazu bildet die Devise der französischen Revolution „Liberté, Égalité, Fraternité“, welche die beiden Konzepte mit jenem der Brüderlichkeit verbindet. Letztere schlägt eine Brücke zwischen den beiden konkurrierenden Prinzipien, indem sie auf die Empathie zurückgreift. Dieses Verhältnis fand seinen Weg ebenfalls in die politische Philosophie von Jean-Jacques Rousseau, welcher im Mitgefühl die treibende Gegenkraft zur Selbstliebe, der „amour de soi“ sieht. Mit seinem Gesellschaftsvertrag zielt er darauf ab, den Individuen das Maximum an Freiheit zu gewähren, während er ihnen Sicherheit und Konkurrenzlosigkeit garantiert. Wichtig zu begreifen ist hierbei, dass jede Staatsform, welche sowohl Freiheit und Gleichheit vereinen möchte, schließlich eine Synthese beider Prinzipien ist.

Unabhängig von der konkreten Form jener Synthese offenbart sich ein weiterer essenzieller Aspekt, nämlich das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Staat. Diesbezüglich existieren bereits zahllose Theorien und konkrete Realbeispiele, welche sich nicht nur in der Verteilung der Macht, sondern auch in der Wahl zusätzlicher Absicherungsinstitutionen unterscheiden. Um der Vereinfachung willen eine Skala aufzustellen, stünden diejenigen Konzepte mit Machtmonopolen (Anarchie – Diktatur) auf den entgegengesetzten Endpunkten, während sich die Demokratie, abhängig von der konkreten Ausarbeitung, im mittleren Bereich finden ließe.

Natürlich müsste diese Darstellung um einige Achsen und Parameter erweitert werden, um ein realitätsgetreues Modell zu errichten, allerdings geht es hier lediglich um eine Veranschaulichung. Grundlegend lässt sich jedoch sagen, dass es die Aufgabe der Bevölkerung ist, das Verhältnis von Freiheit zu Gleichheit (hierzulande mittels eines demokratischen Systems) zu determinieren, während der Staat diese Grenzen umzusetzen und zu festigen hat. Demnach sollte eine Gesellschaft in einem idealdemokratischen System die Möglichkeit haben, ihr Level an Individualismus zu wählen, welches wiederum durch politische Instrumente wie Subventionen und Sanktionierungen gesichert werden kann.

Das Konzept der Gleichheit ist insofern ein linguistischer Fallstrick, als dass es sowohl als die Absenz jeglicher Unterschiede, also ein „identisch sein“ aufgefasst werden kann, als auch als die Gleichberechtigung trotz existierender Differenzen. Das Ziel, welches wir schlussendlich verfolgen, muss also letzteres sein, da sich eine Gesellschaft, welche aus identischen Mitgliedern besteht, einerseits unmöglich erreichen ließe und andererseits die Einbuße jeglicher Individualität bedeuten würde.

Worüber reden wir also, wenn wir über eine gerechte Gesellschaft unter Berücksichtigung der geschlechtsimmanenten Unterschiede sprechen? Was deutlich aus dem Diskurs herausgeht, ist, dass Frauen aufgrund der anfangs angesprochenen strukturellen Unterdrückung auch heutzutage nicht dieselbe Bandbreite an Möglichkeiten offensteht wie Männern. Dadurch wird ihre Fähigkeit zur Selbstverwirklichung erheblich kompromittiert, was wiederum zur Bestätigung bestehender Stereotypen und unterdrückender, gesellschaftlicher Strukturen beiträgt. In einer gleichberechtigten Gesellschaft sollte ihnen also im gleichen Umfang wie Männern ein gewisses Maß an Freiheit zustehen, während sie gleichzeitig die nötigen Mittel erhalten, um jene Freiheit auch beanspruchen zu können. Ein Aspekt, welcher diesen Sachverhalt weiter verstärkt, ist, dass Männer in gewisser Weise von den Freiheiten und Chancen profitieren, die Frauen nicht gewährt sind. Dies soll zwar nicht implizieren, dass jene Ungleichberechtigung zwecks Eigennutzes künstlich induziert ist, allerdings bildet sich daraus eine Unterdrücker-Opfer-Dynamik, in der sich die Rollen durch die einseitige Ausbeutung immer weiter verfestigen. Insofern lässt sich feststellen, dass Frauen durch die geschlechtsbedingte Schieflage der Chancengleichheit nicht die Möglichkeit haben, ihren Anspruch auf Individualität, welcher ihnen als Mitglieder der Gesellschaft theoretisch zustehen würde, wahrzunehmen. Dieses Grundproblem äußert sich dann in den zahlreichen beruflichen, familiären und gesellschaftlichen Kompromissen, welche Frauen systematisch

aufgezwungen werden. Diese oberflächlichen Ausbildungen des Grundproblems behandeln zu wollen, mag von guten Intentionen ausgehen, allerdings treibt es die Stagnation der feministischen Emanzipationsbewegung nur voran. Wenn wir sie von ihren Altersbeschwerden erleichtern wollen, so müssen wir die Ungleichheit im Ursprung bekämpfen.